

perung der Bedürfnisse aller Nationen auf einem zusammenschrumpfenden Planeten zu einer zwingenden Notwendigkeit machen, die gebieterisch ein machtvolleres und dynamisches Instrument verlangen, das allen Nationen, im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden, zur Verfügung steht.

Die Gedanken, die ich heute ausgesprochen habe, sind nicht neu. Die These, daß allen Nationen ein bleibendes Interesse an Frieden, Fortschritt und Wohlstand gemeinsam ist, und daß die Beziehungen zwischen den Nationen deshalb auf Vertrauen und Gerechtigkeit gegründet sein sollten, ist ein altehrwürdiger Grundsatz. Um dies zu veranschaulichen, brauche ich nur an Präsident Washingtons Abschiedsrede zu erinnern, in der er sagte: „Übt Vertrauen und Gerechtigkeit gegenüber allen Nationen. Pflügt Frieden und Eintracht mit allen . . . Das Wichtigste überhaupt ist, daß wir die tief in uns verwurzelten Abneigungen gegen bestimmte Nationen und unsere leidenschaftliche Zuneigung für andere zum Schweigen bringen und daß wir stattdessen gerechte und freundschaftliche Gefühle für alle hegen. Diejenige Nation, die einer anderen gegenüber gewohnheitsmäßig Haß oder gewohnheitsmäßig Liebe empfindet, versklavt sich selbst.“

Copyright dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik“

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer

Pressefreiheit und Landesverrat (I)

I.

Art. 5 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt in Absatz I: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Damit ist in Satz 1 erstmals im Sinne eines Grundrechts und damit allgemeinen Menschenrechts garantiert die Meinungsfreiheit, sowohl als Freiheit der Meinungsäußerung wie ausdrücklich nun auch der Meinungsverbreitung und — erstmals überhaupt in der deutschen Verfassungsgeschichte — die Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsveranschaulichung: die sogenannte Informationsfreiheit, die Freiheit also, sich aus inländischen wie aus ausländischen „allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“.

Damit ist in Satz 2 aber nun auch, in bewußtem Unterschied zu Art. 118 der Weimarer Verfassung, ausdrücklich die Pressefreiheit gewährleistet, jene Freiheit, die schon bei der Entstehung der demokratischen Staaten das sichtbare Banner war, unter dem der öffentliche Kampf für die Freiheit der Meinungsäußerung entbrannte, in der Revolte gegen den Polizeistaat des aufgeklärten Absolutismus, wie gegen den nicht minder pressefeindlichen Obrigkeitsstaat der konstitutionellen Monarchien des Zeitalters der Restauration im Beginne des 19. Jahrhunderts. Es ist der erregende und uns noch heute im Rückblick bewegende Kampf um diese Pressefreiheit, der die schmerzhafteste Geburt der modernen Demokratien einleitet und noch lange begleitet; ein Kampf nicht mehr nur um innere „Denkfreiheit“ und „Gewissensfreiheit“, sondern auch um die äußere Geistesfreiheit: die Meinungsfreiheit als die Freiheit, seine

Meinung privat wie öffentlich frei zu äußern, aber auch ohne Gängelung durch die staatliche und kirchliche Obrigkeit, ohne Zensur und Index, frei sich zu unterrichten und so seine Meinung selbst sich zu bilden. So wie die Staaten des Ostens heute auf ihre sozialistischen Errungenschaften verweisen, so sind es in allen Staaten des Westens, die sich nicht nur dem Namen nach Demokratien nennen, eben diese Freiheitsrechte des Bürgers im Staate, darunter nicht zuletzt die Gedanken- und Gewissensfreiheit, seine Freiheit aber auch der Meinungsäußerung und der Meinungsbildung, auf die wir mit Stolz als die uns unverzichtbar gewordenen demokratischen Errungenschaften verweisen. Sind sie doch das teuerste Erbe der Französischen Revolution, aus deren Geist unsere westliche freiheitliche Staats- und Gesellschaftsform geboren ist, das wir gegen jeden möglichen Einbruch polizeistaatlicher und obrigkeitsstaatlicher Willkürherrschaft zu verteidigen haben; gegen den total gesetzten Staat wie im Faschismus, wie gegen die total gesetzte Gesellschaft im Bolschewismus.

Diesen freiheitlich-demokratischen Geist zu wahren und zu bewahren, hat sich auch das Grundgesetz unserer Bundesrepublik Deutschland, die sich als demokratischer und sozialer Staat, als Rechtsstaat und Sozialstaat bekennt, zu seiner erklärten Aufgabe gemacht. Es ist darum nicht erstaunlich, im Gegenteil: es wäre befremdlich, wenn nicht jeder Versuch eines Eingriffs des Staates in diese als Grundrechte, als Freiheitsrechte und Menschenrechte jedes Bürgers garantierten demokratischen Rechte, ja schon selbst der Verdacht eines solchen Versuchs, die empfindlichste Erregung der Bürger unseres jungen Staates auslösen würde, wie wir sie so heilsam und auch für die Weltöffentlichkeit ermutigend anlässlich der Vorgänge der vergangenen Wochen allenthalben verspürt haben.

Wir können die Auswirkungen dieser „Affäre“ um den „Spiegel“ und ihre spürbaren Rückwirkungen auf Regierung und Parlament, auf Parteien und Volk, bei aller menschlichen Vergeßlichkeit auch in politischen Dingen schon heute kaum mehr hoch genug einschätzen. Sind hier doch der breiten Öffentlichkeit plötzlich Tendenzen einer restaurativen autoritären Entwicklung unserer Bonner Republik sichtbar und allgemein bewußt geworden, wie sie schon einmal, aus denselben Anfängen, d. h. mit spektakulären Landesverratsprozessen gegen die sogenannte linksstehende Presse, die Weimarer Republik in jene Staatskrise hineingetrieben haben, an deren Ende das sogenannte Dritte Reich steht.

Auch damals beginnt in den Jahren nach 1924 ein immer erbitterter geführter Kampf zwischen deutsch-national oder einfach „vaterländisch“ gesinnten Kreisen in und hinter der Regierung gegen jene „vaterlandslosen Gesellen“, die in offener Opposition gegen die heimliche Aufrüstungspolitik der damaligen Reichsregierung, die unter Verletzung des Versailler Vertrages den Wiederaufbau einer Militärmacht betrieb, streng geheim gehaltene illegale militärische Maßnahmen in der Presse offenbaren und öffentlich gegen sie Stellung nahmen. In einseitig gegen diese Opposition betriebenen Landesverratsverfahren wurde diese publizistisch am Ende nicht nur mundtot gemacht, sondern im allgemeinen Bewußtsein durch die Abstempelung als „Landesverräter“ so diffamiert, daß die sogenannten nationalen Kräfte auch politisch immer mehr an Prestige gewannen; so daß über die deutsch-nationalen Zwischenregierungen am Ende die nationalsozialistische Bewegung die Oberhand gewinnen konnte, die keine Gelegenheit vorbeigehen ließ, jede oppositionelle Regung gegen die damalige Militärpolitik nicht nur mit dem Prädikat „landesverräterisch“ zu bedenken, sondern sie mit großem massenpsychologischen Geschick als Machenschaften „vaterlandsloser jüdischer Literaten und Journalisten“ zu diffamieren.

Es ist leider eine Tatsache, daß sich in diesem Kampf der deutsch-nationalen und später nationalsozialistischen Regierungen gegen die linke Opposition die Justiz in einer Weise politisch mißbrauchen ließ, die heute jedem Juristen die Schamröte ins Gesicht treibt, was in den Begründungen der politischen Mordprozesse und der immer zahlreicher werdenden politischen Beleidigungsprozesse jener Zeit ebenso wie in den jährlich in die hunderte gehenden Landesverratsprozessen, die allein in den Jahren 1923 und 1924 von 137 auf 516 anschwellen, allenthalben offenkundig wird.

So wenig weder nach der Konstellation der Parteien, noch der Konstitution der Personen, noch im Hinblick auf die innen- und außenpolitischen Machtverhältnisse überhaupt, die Weimarer Zeit mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen ist, so schreckhaft sind wir doch geworden, wenn wir auch nur feinsten Spuren jenes Ungeistes wiederbegegnen, der uns und die Welt damals fast unmerklich, jedoch nicht zufällig, Schritt für Schritt in die spätere nationale und internationale Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hineingeführt hat.

Auch damals waren die ersten Alarmzeichen, welche die Weltöffentlichkeit erregten, Landesverratsprozesse gegen die sogenannte Linkspresse, wie gegen den späteren Friedensnobelpreisträger Carl v. Ossietzky, der Ende 1931 wegen Landesverrats zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wurde und 1938 im KZ gestorben ist. Wir dürfen uns darum nicht darüber wundern, wie empfindlich, ja überempfindlich die Weltpresse, aber auch die eigene Presse auf die Vorgänge und vor allem die sogenannten Randerscheinungen bei der „Spiegel“-Affäre reagiert hat. Hätte die deutsche Öffentlichkeit nicht auf diese Weise reagiert, die Regierung hätte mit ihren unbegreiflichen Beschwichtigungen, halben Entschuldigungen und glatten Notlügen den ganzen mühsam angesammelten Kredit unserer jungen Bundesrepublik in der Welt längst verspielt.

Ebenso wie es eine Torheit wäre, diese Vorgänge von heute einfach mit denen von gestern gleichzusetzen, ebenso große Einfalt läge jedoch auch in einer Haltung, welche nicht sehen will, daß hier unter denselben Vorzeichen Regungen, und seien es auch nur erste Regungen, eines ähnlichen obrigkeitlichen und polizeistaatlichen Geistes in diesen jüngsten Vorgängen spürbar werden, deren kleinste Anzeichen uns schrecken müssen. Nun, sie haben uns aufgeschreckt und uns plötzlich hellhörig und hellsichtig werden und fragen lassen: Was geht hier eigentlich vor?

II.

Die erste Antwort, die wir darauf hörten: nicht irgendeine Aktion gegen die Presse, sondern, wie seinerzeit in der ersten Unschuld erklärt worden ist, eine Aktion „nur gegen den ‚Spiegel‘“; womit offenkundig zum Ausdruck kommen sollte, daß dieses Nachrichtenmagazin das Prädikat Presse nicht verdiene und so auch jede Aufregung wegen eines möglichen Eingriffs in die Pressefreiheit gegenstandslos sei.

Nun ist hier nicht von Methoden der Presse zu reden, so drängend und lohnend dies wäre, sondern allein davon, wo die verfassungsrechtlichen Grenzen der Pressefreiheit liegen, wie sie Art. 5 Abs. II unseres Grundgesetzes formuliert, in dem es heißt, daß die Rechte der Meinungsfreiheit und Pressefreiheit ihre Schranken finden „in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“. Ausdrücklich heißt es hier nicht: an den Vorschriften, sondern: in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, wozu unter anderem auch jene Gesetze des sogenannten politischen Strafrechts, des Hochverrats und Landesverrats gehören.

Nach einer neueren grundlegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes bedeutet dies nun nicht, daß damit die Pressefreiheit einfach an den gesetzlichen Vorschriften des Landesverrats ihre Schranke fände, sondern genau umgekehrt, daß die allgemeinen Vorschriften des Landesverrats so ausgelegt und angewendet werden müssen, daß die Pressefreiheit, auch wenn sie auf dem Felde der Verteidigungspolitik ausgeübt wird, in ihrer Substanz gewahrt, oder wie Art. 19 Abs. II des Grundgesetzes formuliert: „in keinem Falle“ in ihrem „Wesensgehalt angetastet“ wird. Man spricht darum heute von der Wechselwirkung von Grundrecht (Pressefreiheit) und Strafrecht (Landesverratsbestimmungen), eine Wechselwirkung, bei der eindeutig das höherrangige Recht, das Verfassungsrecht und damit das in ihm formulierte Grundrecht der Pressefreiheit den Vorrang und das Übergewicht gegenüber dem zweitrangigen, nur in allgemeinen Gesetzen formulierten Strafrecht, den Landesverratsbestimmungen haben muß. Mit anderen Worten: nicht die Ausübung der grundrechtlichen Pressefreiheit findet ihre Schranke an den Bestimmungen über den Landesverrat, sondern die Anwendung der strafrechtlichen Bestimmungen des Landesverrats findet an der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit ihre Grenze. Sie darf auch im Einzelfalle niemals so erfolgen, daß bei allgemeiner Handhabung des Strafrechts in diesem Sinne die Pressefreiheit in ihrer Substanz, ihrem „Wesensgehalt angetastet“ würde.

Der besondere Rang, den der Verfassungsgeber der Pressefreiheit zuerkannt hat, ergibt sich daraus, daß Art. 5, der die Garantie der Pressefreiheit enthält, nach Art. 79 Abs. III zu den Grundrechtsartikeln gehört, die einer Änderung durch den Gesetzgeber für alle Zeiten entzogen sind und deren Verwirklichung, selbst bei Mißbrauch, nach Art. 18 GG nur in einem förmlichen Verfahren durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden kann; und zwar ausnahmslos nur dann, wenn „die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. I) ... zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht“ worden ist, niemals also in einem Kampf für die freiheitliche demokratische Grundordnung, und sei es mit noch so unlauteren oder strafbaren Mitteln.

Dieses so für unabänderbar erklärte und nur im formellen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht verwirkbare Verfassungsrecht der Pressefreiheit hat nach heutiger Auffassung einen doppelten sowohl subjektiv-grundrechtlichen als auch objektiv-institutionellen Charakter. In ihm steckt nicht nur eine Garantie der „individuellen Meinungsäußerungsfreiheit“, die auch jedem Journalisten als Staatsbürger wie auch jedem anderen Staatsbürger zusteht, sondern darüber hinaus die Garantie eines gesellschaftlichen Sachverhalts: einer hier „in ihrem Bestande und ihrer Funktion geschützten öffentlichen Einrichtung“, der Presse als einer für jede freiheitliche Demokratie wesensnotwendigen Institution, deren Aufgabe es ist, als Organ der Gesellschaft unabhängig vom Staat eben das zu garantieren, was wir die Freiheit der Meinungsbildung nennen, welche selbst wiederum die nur durch eine freie Presse wahrnehmbare Möglichkeit der Meinungsverschaffung und Meinungsverbreitung, als den Vorbedingungen solcher Informationsfreiheit, voraussetzt.

Wenn der Bürger, der einen Leserbrief in eine Zeitung einrücken läßt, dies unter dem Schutze der allgemeinen Meinungsfreiheit tut, als einem individuellen Grundrecht jedes Staatsbürgers, so steht der Journalist, der einen Artikel schreibt, zwar als Bürger ebenso unter dieser allgemeinen Garantie der Meinungsfreiheit, er genießt als Journalist jedoch einen besonderen dar-

über hinausgehenden Schutz, der aus dieser seiner gesellschaftlichen Position und Funktion, seinem Beruf folgt, der ihn zur verantwortlichen Mitwirkung an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Worin hat diese besondere Position und Funktion des Journalisten, damit die Institution der Presse in einer freiheitlichen Demokratie ihren tieferen Grund?

III.

Da Demokratie als „plebiscit de tous les jours“ die weitestmögliche Publizität nicht nur aller Gesetzgebungsakte, sondern ebenso auch der Regierungsmaßnahmen und Verwaltungsvorgänge fordert, haben schon für Kant nur diejenigen Akte der Politik „Rechtmäßigkeit“ in einer freiheitlichen Ordnung der Gesellschaft, welche sich mit dem Prinzip der Publizität vertragen.

Dies folgt für Kant aus der für jede freiheitliche Gesellschaftsordnung grundlegenden sogenannten „transzendentalen Formel des öffentlichen Rechts“, die für ihn lautet: „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogenen Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.“ Das heißt mit anderen Worten: jede Maßnahme, jede Entscheidung eines Politikers, deren wahre Gründe nicht offengelegt, „publik“ gemacht werden können, weil es sonst zu einem „Aufruhr des Publikums“, des Volkes als des höchsten und einzigen Souveräns in einer Demokratie käme, ist „unrecht“. Da aber in einer wahren Demokratie die Funktionsträger des Staates nichts beschließen dürfen, was nur dem besonderen Willen eines einzelnen oder einiger weniger entspricht, sondern allein das, was mit dem allgemeinen Willen zusammenstimmt, muß jeder Politiker in einer Demokratie es sich gefallen lassen, daß die Gründe seines politischen Handelns nicht nur im Parlament, sondern auch in der Öffentlichkeit analysiert werden; und daß er notfalls gezwungen werden kann, sie offenzulegen, da nur so das Publikum, wie Kant fordert, die Möglichkeit hat, „die Rechtmäßigkeit eines Aktes der Politik“ daraufhin zu prüfen, ob er mit dem „Recht des Publikums in Eintracht“ stehe.

Trifft ein Politiker auch nur eine einzige Maßnahme, für deren Gründe er gegenüber der Öffentlichkeit nicht eintreten kann, so handelt er undemokratisch, ja für Kant unmoralisch und unrechtmäßig. Ist doch für jede Politik, die mit Moral und Recht in Einklang steht, zwar nicht zu fordern, daß ihre Gründe in jedem Fall offengelegt werden müßten, aber doch, daß sie in jedem Fall im vorhinein hätten offengelegt werden können, ohne daß sie die Mißbilligung der Allgemeinheit gefunden hätten. Kant hält es darum geradezu für das Grundprinzip politischer Moral und moralischer Politik, daß die Maximen, die Regeln und Gründe, auf denen jeder Akt der Politik beruht, nicht nur soweit irgend möglich offengelegt werden sollen, sondern daß der „moralische Politiker“ selbst bei den Akten der Politik, deren Bestimmungsgründe nicht rechtzeitig oder nicht vollständig publik gemacht werden können (etwa aus Gründen der Staatsraison, der „Staatsklugheit“ wie Kant sagt, also aus „Sicherheitsgründen“), doch zumindest innerlich sich der „Beistimmung“ der Allgemeinheit vor dem eigenen Gewissen zu versichern habe. Ein Akt der Politik, der als solcher das „Licht der Öffentlichkeit“ scheuen muß, oder dessen wahre Gründe verheimlicht werden müssen, weil sie niemals von der Allgemeinheit gebilligt werden würden, ist darum in einer Demokratie unmoralisch und schon für Kant unrechtmäßig.

Muß so in einer Demokratie jeder Akt der Politik sich eine Kontrolle der Öffentlichkeit gefallen lassen, durch deren „Beistimmung“ allein er für Kant letztlich „Rechtmäßigkeit“ erlangen kann, dann wird eben die weitest-

mögliche Publizität aller politischen Akte zur unentbehrlichen Voraussetzung für diese notwendige „Einstimmung oder Mißbilligung“ durch die Allgemeinheit, deren Zwecken doch allein, und nicht irgendwelchen Privatinteressen und Sonderwünschen, jeder Akt der Politik zu dienen hat.

Wenn aber jeder Akt der Politik, soweit dies irgend möglich ist, in einer Demokratie sich der Publizität aussetzen muß, da nur aus ihr der Politiker ständig sich versichern kann, wie weit er mit dem allgemeinen Willen übereinstimmt, dann folgt daraus: daß die Presse, die als öffentliche Institution allein in der Lage ist, die Bedingungen der Möglichkeit dieser Publizität zu schaffen, in jeder Demokratie die Funktion einer verfassungsrechtlich garantierten Institution haben muß, nach dem Grundsatz: Ohne freie Presse keine freiheitliche Demokratie, aber auch: Ohne freiheitliche Demokratie keine freie Presse. Ist doch ohne freie Presse in unseren modernen Massendemokratien weder eine umfassende Information der Öffentlichkeit, noch eine umfassende Kontrolle der Staatstätigkeit in Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung möglich, deren es in einer lebendigen Demokratie, einem Staatswesen nicht von passiven Untertanen, sondern von aktiven Bürgern, unabdingbar bedarf. Schon für den noch in der polizeistaatlichen Wirklichkeit des aufgeklärten Absolutismus lebenden Kant ist darum die „Freiheit der Feder“ das (damals noch einzige) „Palladium der Volksrechte“, da allein dadurch, daß der Staat den „in seinem Ursprung und seinen Wirkungen so achtungswürdigen Geist der Freiheit sich äußern läßt“, nicht nur der einzelne Bürger sich seine eigene Meinung bilden kann [der — wie Kant treffend sagt — über das „was allgemeine Menschenpflicht betrifft, durch Vernunft überzeugt zu sein verlangt“], sondern auch der Regierung auf diese Weise allein die Meinung und Stimmung der Allgemeinheit sichtbar und spürbar werden kann, woraus ihr selbst wiederum „die Kenntnisse kommen, die ihre eigene Absicht befördern“.

In welchem Ausmaße die Presse heute, denn sie allein vermag die umfassenden Voraussetzungen der geforderten Publizität aller Akte der Politik zu gewährleisten, zur öffentlichen Institution, ja geradezu zum Auge und Ohr der Allgemeinheit, der sogenannten „Öffentlichkeit“ geworden ist und damit die Stellung einer Art vierten Gewalt im demokratischen Staate erlangt hat, ist uns in der durch die jüngsten Vorgänge ausgelösten Krise drastisch demonstriert worden.

Steht und fällt die freiheitliche Demokratie mit der Freiheit der Presse, ohne deren Informations- und Kontrolltätigkeit der Bürger niemals die Urteilsgrundlage für die von ihm geforderten staatsbürgerlichen Entscheidungen gewinnen könnte, noch weniger aber seine Zustimmung oder Ablehnung zu Akten der Politik frei äußern und dazu erforderlichenfalls die Offenlegung der Gründe undurchsichtiger Regierungsakte durch den Druck der öffentlichen Meinung erzwingen könnte, so ist die Garantie der Pressefreiheit neben der Garantie der individuellen Grundrechte auf Leben und Gesundheit, Ehre und Eigentum des Einzelnen die wesentlichste institutionelle Garantie einer freiheitlichen Demokratie überhaupt. Wir dürfen uns darum nicht wundern, daß schon der Verdacht eines gezielten Eingriffs, wie er durch die jüngsten Vorgänge um den „Spiegel“ in der Öffentlichkeit entstanden ist, zu einer Krise nicht einfach nur der Regierung, sondern des Systems geführt hat; ist doch nicht zuletzt durch die Begleitumstände der Maßnahmen gegen ein bestimmtes Presseorgan der Verdacht erweckt worden, daß hier nicht nur der extremste Exponent einer hartnäckigen und überlästigen

Opposition gegen die offizielle Verteidigungspolitik der Bundesregierung mundtot gemacht werden sollte, sondern daß auf diesem Felde der Politik überhaupt die begreiflicher Weise mancherorts als unbequem und störend empfundene Aktivität der Presse, die dennoch bei uns im Vergleich zu den angelsächsischen Demokratien geradezu zahm zu nennen ist, durch ein krasses Exempel gedämpft werden sollte, wozu man auch vor einem massiven Eingriff in die Pressefreiheit nicht zurückschreckte. Leider hat sich dieser böse Schein in der Folgezeit eher verstärkt. Wurde doch offenkundig, daß es in unserem Lande auch heute noch Politiker gibt, denen es überhaupt an der schon für Kant unverzichtbaren Vorbedingung aller moralischen Politik mangelt: der Vorstellung, daß die Öffentlichkeit in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ein Recht auf umfassende Unterrichtung über alle Maßnahmen der Regierung, ja auf die Offenlegung auch der (Vernunft-)Gründe eines jeden Aktes der Politik der Regierung habe, soweit dies irgend mit der Staatsklugheit, hier der Staatssicherheit nach innen und außen, vereinbar ist.

Denn: nicht die Einsicht, daß es prominente Politiker mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, war es, was die Öffentlichkeit zutiefst erschüttert hat, vielmehr daß es da offenbar Dinge gab, die sich nicht nur mit dem Recht nicht vereinbaren lassen, die, wie so euphemistisch gesagt worden ist, „etwas außerhalb der Legalität“ lagen, sondern daß hier Dinge geschehen sind, die sich mit der politischen Moral nicht mehr vereinbaren lassen: die einfach nicht offengelegt werden sollten und konnten, weil man sie den Betroffenen so nicht mehr „abgenommen“ hätte. Dieses Unbehagen ist es, was uns alle so tief ergriffen hat, nicht daß es in der Politik nicht immer sehr moralisch zugeht, sondern daß es bei uns offenbar Politiker gibt, denen es überhaupt an der Grundeinstellung fehlt, die schon Kant von jedem moralischen Politiker fordert: nichts zu tun und zu lassen, was er nicht jederzeit auch in seinen letzten Gründen und Hintergründen vor der Allgemeinheit offenbaren und mit guten Gründen verteidigen könnte. Was die bis heute nicht abgeklungene Erregung in der Öffentlichkeit ausgelöst hat, war eben dies, daß es da offenbar Vorgänge gab, deren Ablauf und Begründung man überhaupt nicht mehr wagen konnte zu offenbaren, ohne ein allgemeines moralisches Verdikt über bestimmte Akte oder Personen herauszufordern. Wie wäre es sonst zu erklären, daß sich bis heute kein Autor des die offizielle Aktion in Spanien auslösenden „Interpol“-Telegramms gefunden hat und alle auch nur entfernt zuständigen Stellen ihre Autorschaft bis heute kategorisch dementieren! Allein dieses Faktum ist für einen Staat, der sich in seiner Verfassung als Rechtsstaat bekennet, ein Skandal.

Eine Demokratie, in welcher der Einzelne nicht mehr als Untertan solche politischen Akte einfach als höheren Ratschluß hinzunehmen gezwungen ist, sondern als Bürger das Recht hat, von ihrer Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit „durch Vernunftgründe überzeugt zu werden“, setzt eine durchgängige Öffentlichkeit und damit Durchsichtigkeit aller Akte der Politik der vom Volke in die Funktionen seiner Organisationsform, des Staates eingesetzten Träger der Staatsmacht wesensnotwendig voraus.

Eben diese jeder Demokratie wesenseigene Publizität zu gewährleisten ist die Aufgabe der Publizistik. Ist doch diese formale Publizität aller Akte der Politik die unverzichtbare Bedingung der Möglichkeit materialer Demokratie. Darum kann sie aus einer freiheitlichen Demokratie in unserem auch durch das Grundgesetz verbürgten Sinne schlechterdings nicht hinweggedacht werden, ohne daß diese Staats- und Gesellschaftsform aufhörte das zu sein, was sie sein soll: eine Ordnung der Freiheit.

IV.

Diese so für unsere freiheitliche Demokratie konstitutive freie Publizistik, wie sie durch die grundrechtlich garantierte Pressefreiheit gewährleistet ist, muß nun in allen Fällen, in denen sie in Wahrnehmung dieses öffentlichen Auftrages sich auf das Feld der Militär- und Verteidigungspolitik begibt, dann in eine Gefahrenzone geraten, wenn ihre Veröffentlichungen sogenannte Staatsgeheimnisse enthalten, womit sie nach der heutigen Fassung unserer Landesverratsbestimmungen der §§ 99 ff. unseres Strafgesetzbuches (StGB) sich wegen vorsätzlichen (§ 100) oder fahrlässigen (§ 100 c) Landesverrats strafbar machen könnte. Denn zu solchem Verrat ist, im Unterschied zu der viel engeren Fassung früherer Zeiten, durch welche lediglich die Tätigkeit von Spionen im Dienste einer feindlichen Macht getroffen wurde, heute nach dem Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 gemäß dem Wortlaut der Legaldefinition des § 99 Abs. II StGB grundsätzlich auch eine Presseveröffentlichung geeignet, heißt es doch dort: „Verrat . . . begeht, wer vorsätzlich ein Staatsgeheimnis an einen Unbefugten gelangen läßt oder es öffentlich bekannt macht und dadurch das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet.“

Schon Gustav Radbruch, der wohl bedeutendste deutsche Jurist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Strafrechtslehrer, Rechtsphilosoph und Reichsjustizminister, hat 1925 in einem Offenen Brief vor dem „Unfug der Landesverratsprozesse“ gegen die Presse mit schneidenden Worten gewarnt und die unbedenkliche Anwendung der damaligen Landesverratsbestimmungen selbst auf Fälle der Veröffentlichung sogenannter illegaler Staatsgeheimnisse beklagt. Schon er fordert darum für seine Zeit: „die Bestimmungen auf ihre ursprünglich beabsichtigte Tragweite zurückzuführen“ und sich durch Einschränkung zu bemühen, der sich anbahnenden „mißbräuchlichen Verwendung der Landesverratsbestimmungen den Boden zu entziehen“.

Noch 1909 ist in den Begründungen zum damaligen Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches der denkwürdige Satz zu lesen: „Die Ausdehnung des Schutzes militärischer Geheimnisse auf Staatsgeheimnisse überhaupt kann einem begründeten Bedenken um so weniger begegnen, als die Wahrung dieser Geheimnisse vorzugsweise damit betrauten Beamten und Militärpersonen obliegt, für Dritte aber kaum von praktischer Bedeutung ist.“ Trotz dieser bemerkenswerten Grundauffassung des damaligen Gesetzgebers ist der von ihm vorgeschlagene Tatbestand der „Ausspähung von Staatsgeheimnissen“ auch unter veränderten Umständen unbesehen von Entwurf zu Entwurf übergegangen und dann im Dritten Reich Gesetz geworden, woraus er dann vom Bundesgesetzgeber fast wörtlich in § 100 Abs. II übernommen worden ist. Zu diesem Tatbestand der Ausspähung schreibt Radbruch noch 1927: „Man muß die fadenscheinigen und wechselnden Begründungen für das politische Bedürfnis dieser Vorschrift lesen . . . um sich des Mangels eines wirklichen praktischen Bedürfnisses voll bewußt zu werden.“ Er fährt fort: „Andererseits liegen die Gefahren einer solchen Vorschrift, insbesondere für die Presse, die Möglichkeit von behördlichen Eingriffen schon vor jeder Veröffentlichung, schon im Stadium der Materialsammlung, zu klar auf der Hand, um weiterer Erörterungen zu bedürfen.“ Nun, leider bedarf diese heute Gesetz gewordene Vorschrift der „Ausspähung von Staatsgeheimnissen“ gerade im Hinblick auf die jüngsten Vorgänge in unserer Bundesrepublik der weiteren Erörterung, ist es doch neben dem Verdacht des vorsätzlichen oder fahrlässigen Landesverrats nach § 100 Abs. I und § 100 c StGB auch der Verdacht der landesverräterischen Ausspähung nach § 100 Abs. II,

der gegen ein bestimmtes Presseorgan auf der Grundlage der derzeitigen Gesetzesbestimmungen erhoben worden ist.

So ist es in bezug auf diese wie viele andere Vorschriften unseres politischen Strafrechts nicht weiter verwunderlich, wenn der Bundesrat der Bundesrepublik Deutschland, gegen dessen Widerstand diese Vorschriften 1951 im Schnellverfahren durchgepeitscht wurden, schon im offiziellen Votum seines Rechtsausschusses gegen dieses „Blitzgesetz“ feststellt, daß es „im Streben nach abstrakter Fassung der Tatbestände Freund und Feind des Rechtsstaates gleichermaßen bedrohe“, weshalb er seiner Verabschiedung nur zustimme „in der Hoffnung, daß dieses Gesetz nicht das letzte Wort des Gesetzgebers sei“. Nun, es ist bis heute das letzte Wort unseres Gesetzgebers geblieben; auch der Entwurf 1960 würde mit seiner noch viel weiter reichenden Bestimmungen (etwa des neuen § 386 E, der nunmehr bereits das „Eindringen in Staatsgeheimnisse“ bestrafen will) diesen schon heute für einen Rechtsstaat höchst fragwürdigen Rechtszustand allenfalls noch weiter verschlechtern.

Man darf sich über die rechtsstaatliche Problematik schon unseres derzeitigen, auf dieser Novelle von 1951 beruhenden politischen Strafrechts keiner Täuschung hingeben, dessen Verabschiedung von dem damaligen Referenten des Rechtsausschusses des Bundesrats mit den Worten gekennzeichnet wird: „Als letzte Szene einen achselzuckenden, von der ihm drohenden Sabotage-Bezeichnung mattgesetzten Bundesrat, der sich in Opferstimmung ein sacrificium intellectus abringt“, und der sich deshalb in seinem offiziellen Votum nur mit der für ein Verfassungsorgan ungewöhnlichen Feststellung zu helfen weiß: „Der Gastgeber habe versäumt, Freund und Feind, legales und illegales Tun wirklich zu bestimmen, es vielmehr den Gerichten überlassen, dies nachzuholen“. Damit aber „seien die Gerichte überfordert“.

Wie sehr die Justiz mit solchen Landesverratsprozessen gegen die oppositionelle Presse in einer freiheitlichen Demokratie tatsächlich überfordert wird, zeigen die jüngsten Vorgänge. Sie drängen unsere politische Justiz, die nun nachholen soll, was der Gesetzgeber selbst versäumt hat: „Freund und Feind, legales und illegales Tun wirklich zu bestimmen“, auf einen verhängnisvollen Weg, auf dem, wenn wir so fortfahren, nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch die Justiz selbst und das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihre absolute Verpflichtung auf das Prinzip der Legalität und der Objektivität schwersten Schaden nehmen muß.

Um der Justiz selbst und nicht nur um der Presse willen müssen wir darum fordern, daß die Justiz um keinen Preis, wie dies in der Weimarer Republik geschehen ist, zum innenpolitischen Kampfmittel gegen die oppositionelle Presse mißbraucht wird. Der Verdacht, daß wir uns leider bereits auf diesem gefährlichen Wege befinden, an dessen Ende schon einmal eine nationalistische und militaristische Diktatur stand, wird verstärkt durch die jüngst bekannt gewordene Einstellung eines anderen Landesverratsverfahrens gegen einen Journalisten, der nach Auffassung der Ermittlungsbehörden zwar Staatsgeheimnisse in einer Presseveröffentlichung „verraten“ hatte, sich damit jedoch nicht gegen die offizielle Verteidigungspolitik der Bundesrepublik wenden, sondern — wie der Betroffene erklärte — sie „unterstützen“ wollte. Entspricht dieser Vorgang, so wie mitgeteilt, den Tatsachen, dann haben wir bereits die Grenze überschritten, die gerade auf dem Felde der politischen Strafjustiz in einer Demokratie unübersehbar gezogen ist, will sie nicht selbst die beiden institutionellen Eckpfeiler einer freiheitlichen Ordnung zum Einsturz bringen: die freie Presse und die unabhängige Justiz.

(Zweiter Teil folgt)